

Bericht über die der Beschlussvollzugskontrolle (BVK) unterliegenden **öffentlichen** Stadtratsbeschlüsse des Personal- und Organisationsreferats im Zeitraum 01.07.2022-30.06.2023

Anlage

Lfd. Nr.	Beschlussnummer	Beschlossen am (VPA/VV)	Beschlusstitel (Betreff)	Beschlussaufträge	Status der Erledigung	Erledigungsvermerke
1	14-20 / V 07788	07.12.2016/ 14.12.2016	Beschäftigtensicherheit in Dienstgebäuden der Landeshauptstadt München	<ol style="list-style-type: none"> 1. Der Stadtrat stimmt dem vorgeschlagenen Sicherheitskonzept, insbesondere den unter Ziffer 2. des Vortrags vorgeschlagenen Kategorisierungen und Begriffsdefinitionen und den unter Ziffer 4. des Vortrags vorgeschlagenen Mindeststandards und optionalen Maßnahmen zu. Die Mindeststandards sollen in allen Referaten und Eigenbetrieben bis 31.12.2017 umgesetzt sein. 2. Die Referate und Eigenbetriebe werden im Rahmen ihrer Zuständigkeit für den Arbeitsschutz beauftragt, mit Unterstützung des Kommunalreferats und des Fachdienstes für Arbeitssicherheit (POR-FAS) unverzüglich ihre Büroarbeitsplätze anhand der unter Ziffer 2.1 des Vortrags genannten Kriterien zu kategorisieren, die unter Ziffer 4. des Vortrags genannten betriebsorganisatorischen Maßnahmen umzusetzen, insbesondere die Zugangsberechtigungskonzepte zu erstellen und die gewünschten optionalen Sicherheitsmaßnahmen festzulegen. Das Kommunalreferat wird im Rahmen seiner Zuständigkeit nach mfm beauftragt, auf dieser Grundlage in Abstimmung mit den Referaten und Eigenbetrieben die baulichen Maßnahmen zu realisieren, 	Erledigt	<p>Alle Referate und Eigenbetriebe haben die betriebsorganisatorischen Maßnahmen im Wesentlichen umgesetzt. Die Referate sind eigenständig dafür verantwortlich, auf Basis der vom Stadtrat beschlossenen Mindeststandards eigene Konzepte zu entwickeln und umzusetzen.</p> <p>Dem POR obliegt hierbei keine Kontrollfunktion.</p> <p>Das POR, Fachdienst für Arbeitssicherheit, wird in seiner originären Linientätigkeit nur beratend bei Bedarf tätig.</p>

Lfd. Nr.	Beschlussnummer	Beschlossen am (VPA/VV)	Beschlusstitel (Betreff)	Beschlussaufträge	Status der Erledigung	Erledigungsvermerke
				<p>die Vergabe der Sicherheitsdienstleistungen mit der Vergabestelle zu organisieren und die erforderlichen Stadtratsvorlagen einzubringen. Der Stadtrat soll nach Möglichkeit spätestens im Juli 2017 befasst werden.</p> <p>3. „Bekanntgabe des Beschlusses (Art. 52 Abs. 3 GO): Die nicht geheimhaltungsbedürftigen Teile des Beschlusses werden nach Beschlussfassung in geeigneter Form bekanntgegeben.“</p> <p>4. Dieser Beschluss unterliegt der Beschlussvollzugskontrolle.</p>		
2	14-20 / V 09865	11.10.2017/ 18.10.2017	Great Place To Work und Betriebliches Gesundheitsmanagement	<p>1. Von dem Vortrag des Referenten wird Kenntnis genommen, der Verknüpfung der Themen GPTW und BGM wird zugestimmt. Um die bereits laufenden Aktivitäten zur Optimierung der Arbeitsbedingungen und somit zur Arbeitszufriedenheit der Beschäftigten, auch im Sinne von BGM zu erhalten, wird die zentrale Finanzierung der im Rahmen von GPTW bereitgestellten und derzeit besetzten bzw. besetzbaren Stellen für BGM-Aktivitäten (inkl. gesetzlichem Arbeits- und Gesundheitsschutz) um ein weiteres Jahr verlängert. Hierfür werden insgesamt (dezentral und zentral) 9,5 VZÄ für ein weiteres Jahr finanziert. Die Referate/Eigenbetriebe setzen diese Kapazitäten ausschließlich für die unter Ziffer 2.5 dargestellten Aufgaben ein.</p> <p>Dem Stadtrat wird im 1. Halbjahr 2018 dargestellt, welche Stellen (dezentral bzw. Zentral) in den Referaten und Eigenbetrieben für folgende Aufgaben (Great Place to Work-</p>	Erledigt	Zu 1. Die Aufträge des Stadtrats wurden mit Beschluss Nr. 14-20 / V 11909 vom 11.07.2018 im VPA erledigt.

Lfd. Nr.	Beschlussnummer	Beschl. am (VPA/VV)	Beschlustitel (Betreff)	Beschlusaufträge	Status der Erledigung	Erledigungsvermerke
				<p>Koordination, Betriebliches Gesundheitsmanagement, Betriebliches Eingliederungsmanagement, Betriebliche Gesundheitsförderung) bereits eingerichtet sind, welche davon auch tatsächlich besetzt sind, wie lange diese jeweils evtl. befristet sind und welchen konkreten Aufgabenbereich diese jeweils wahrnehmen.</p> <p>Das Personal- und Organisationsreferat wird beauftragt, dem Stadtrat im 1. Halbjahr 2018 ein Konzept vorzulegen, wie eine verbesserte zentrale Steuerung des Betrieblichen Gesundheitsmanagements einschließlich der personellen Ressourcen erfolgen kann.</p> <p>Weitere Stellenbedarfe bzw. die Entfristung können erst, wenn diese Gesamtübersicht der jetzigen Stellensituation in den Referaten und Eigenbetrieben und das Steuerungskonzept vorliegen, angemeldet werden.</p> <p>2. gestrichen</p> <p>3. Aufgrund der dargestellten Nachteile wird keine erneute stadtweite Mitarbeiterbefragung im Stile von Great Place To Work durchgeführt. Im Jahr 2018 wird ein Konzept erarbeitet, wie der GPTW-Folgeprozess in den Referaten/Eigenbetrieben durch spezifische Umfragen zur Zufriedenheit mit den eingeleiteten Maßnahmen evaluiert werden kann. Die entsprechende Umsetzung findet 2019 statt. Damit ist der GPTW-Prozess formal abgeschlossen. Die Umfragen werden in Zusammenarbeit mit dem Statistischen Amt</p>	Erledigt	

Lfd. Nr.	Beschlussnummer	Beschlossen am (VPA/VV)	Beschlusstitel (Betreff)	Beschlussaufträge	Status der Erledigung	Erledigungsvermerke
				<p>durchgeführt. In Abhängigkeit der Ergebnisse wird dann bereichsspezifisch mit Unterstützung des POR über etwaige notwendige Anpassungsmaßnahmen entschieden.</p> <p>4. Das POR wird beauftragt, parallel hierzu ein Konzept für ein Pilotprojekt mit anlass- und themenbezogenen Kurzbefragungen, die möglichst niederschwellig und voll digitalisiert durchgeführt werden sollen, zu erarbeiten. Nach den Erfahrungen mit einem solchen Projekt wird das Personal- und Organisationsreferat dem Stadtrat im Jahr 2020 berichten und einen konkretisierten Vorschlag zur Implementierung einer regelmäßigen Feedbackkultur unterbreiten.</p> <p>5. Vorbehaltlich der endgültigen Beschlussfassung der Vollversammlung im November 2017 empfiehlt der Verwaltungs- und Personalausschuss, das Personal- und Organisationsreferat (Fachreferat) zu beauftragen, die Verlängerung von 1,0 VZÄ bis 31.12.2018 befristeten VZÄ um ein Jahr beim Personal- und Organisationsreferat (Querschnittsreferat) zu veranlassen. Vorbehaltlich der endgültigen Beschlussfassung der Vollversammlung im November 2017 empfiehlt der Verwaltungs- und Personalausschuss das Personal- und Organisationsreferat (Fachreferat) zu beauftragen, die</p>	<p>Zeitverzögert</p> <p>Erledigt</p>	<p>Zu 4. Das Konzept sollte ursprünglich gemeinsam mit dem Hersteller entwickelt werden. Im Zuge der Realisierung wurde die Cloud-Lösung einem Cloud-Security-Assessment unterzogen. Im Ergebnis kann die Lösung aufgrund sicherheitsrelevanter Merkmale nicht für die LHM eingesetzt werden. Im Zuge der strategischen Neu-ausrichtung des POR wird das Thema „Kurzbefragungen“ einer grundsätzlichen Klärung zugeführt.</p>

Lfd. Nr.	Beschlussnummer	Beschl. am (VPA/VV)	Beschlustitel (Betreff)	Beschlusaufträge	Status der Erledigung	Erledigungsvermerke
				<p>erforderlichen Haushaltsmittel bei der Stadtkämmerei anzumelden. Im Ergebnishaushalt entsteht bei der Besetzung mit Beamten/-innen zusätzlich zu den Personalauszahlungen noch ein Aufwand für Pensions- und Beihilferückstellungen im Jahr 2019 in Höhe von bis zu 19.790 € (40% des JMB für Beamte/innen). Das Produktkostenbudget erhöht sich im Jahr 2019 vorbehaltlich der endgültigen Beschlussfassung der Vollversammlung im November 2017 zahlungswirksam um 56.250 €.</p> <p>6. Vorbehaltlich der endgültigen Beschlussfassung der Vollversammlung im November 2017 empfiehlt der Verwaltungs- und Personalausschuss das Personal- und Organisationsreferat (Fachreferat) zu beauftragen, im Benehmen mit den Referaten die erforderlichen 8,5 VZÄ um ein Jahr zu verlängern. Das Personal- und Organisationsreferat (Querschnittsreferat) wird darüber hinaus beauftragt, die erforderlichen Haushaltsmittel in Höhe von bis zu 300.040 € (Personalkosten: 296.960 €; Sachkosten: 3.080 €) für das Jahr 2018, 335.730 € (Personalkosten: 332.280 €; Sachkosten: 3.450 €) für das Jahr 2019 sowie 32.370 € (Personalkosten: 32.100 €; Sachkosten: 270 €) entsprechend der tatsächlichen Besetzung bei den Ansätzen der Personalauszahlungen beim Kostenstellenbereich Einrichtung und Maßnahmen für Verwaltungsangehörige, Unterabschnitt 0800 anzumelden. Die Produktkostenbudgets erhöhen sich zahlungswirksam in Summe um 668.140 € (Produktausgabenbudget).</p>	Erledigt	

Lfd. Nr.	Beschlussnummer	Beschlossen am (VPA/VV)	Beschlusstitel (Betreff)	Beschlussaufträge	Status der Erledigung	Erledigungsvermerke
				<p>Im Ergebnishaushalt entsteht bei der Besetzung mit Beamten/-innen durch die Einbeziehung der erforderlichen Pensions- und Beihilferückstellungen ein zusätzlicher Personalaufwand in Höhe von bis zu 92.520 € im Jahr 2018, 103.520 € im Jahr 2019 sowie 10.000 € im Jahr 2020 (jeweils 40 % des JMB).</p> <p>7. Das Personal- und Organisationsreferat wird dem Stadtrat voraussichtlich 2020 über die Erfahrungen aus der Verknüpfung von GPTW und BGM einen Vorschlag zur stadtweiten Etablierung von Kurzbefragungsmethoden unterbreiten.</p> <p>8. Der Beschluss unterliegt der Beschlussvollzugskontrolle.</p>	Zeitverzögert	Zu 7. Siehe Ausführungen zu Beschlussauftragsziffer 4
3	14-20 / V 14752	06.06.2019/ 26.06.2019	Entgeltnachweis goes digital	<p>1. Von den Ausführungen im Vortrag des Referenten wird Kenntnis genommen. Das Personal- und Organisationsreferat wird jedoch beauftragt, die Themen gemäß dem Vortrag des Referenten weiter zu verfolgen und dem Stadtrat im Rahmen des Beschlusses zum Programm neoHR zu berichten.</p> <p>2. Der Antrag Nr. 14-20/A 05119 der SPD-Stadtratsfraktion vom 21.03.2019 bleibt damit aufgegriffen.</p> <p>3. Dieser Beschluss unterliegt der Beschlussvollzugskontrolle.</p>	Erledigt	Der Entgeltnachweis ist mittlerweile umgesetzt bzw. produktiv gegangen. Ein aktueller Hinweis wird in den Ausplanungsbeschluss neoHR aufgenommen. Eine Information an das Programm ist dazu bereits erfolgt.

Lfd. Nr.	Beschlussnummer	Beschlossen am (VPA/VV)	Beschlusstitel (Betreff)	Beschlussaufträge	Status der Erledigung	Erledigungsvermerke
4	14-20 / V 15299	25.09.2019/ 02.10.2019	In Mangelberufen innerhalb von maximal vier Wochen einstellen!	<p>1. Das Personal- und Organisationsreferat wird beauftragt, die städtischen Regularien zur Personalauswahl wie im Vortrag dargestellt zu überarbeiten und die Zuständigkeiten im Hinblick auf personalrechtliche Befugnisse neu zu regeln mit der Zielrichtung der Beschleunigung des Stellenbesetzungsprozesses.</p> <p>2. Das Personal- und Organisationsreferat wird beauftragt, die Anschaffung eines Tools zur Durchführung von Online-ACs im Rahmen von Stellenbesetzungsprozessen zu überprüfen.</p> <p>3. Über den Fortgang des Prozesses wird im Rahmen des Beschlusses zur Neufassung der Ausschreibungsrichtlinien berichtet. Der Stadtratsantrag der SPD-Fraktion Antrag Nr. 14-20/ A 04970 bleibt aufgegriffen.</p> <p>4. Dieser Beschluss unterliegt der Beschlussvollzugskontrolle</p>	<p>Erledigt</p> <p>Im Zeitplan</p> <p>Erledigt</p>	<p>Zu 1. Der Stadtrat hat am 11.12.2019 (VPA)/ 18.12.2019 (VV) die Neufassung der städtischen Ausschreibungsrichtlinien zum 01.01.2020 beschlossen.</p> <p>Zu 2. Wie in den vergangenen Beschlussvollzugskontrollen beschrieben, war die Prüfung zur Anschaffung eines Tools zur Durchführung von Online-ACs abhängig von der Einführung der Talent-Management-Suite (Modul Personalgewinnung). Die Talentmanagement Suite wurde im April 2023 eingeführt. Die Prüfung kann nun beginnen.</p> <p>Zu 3. Im Rahmen des Beschlusses zur Neufassung der Ausschreibungsrichtlinien wurde über den Fortgang berichtet. Nach Ziffer 5 des Antrags des Referenten zum o. g. Beschluss ist der Antrag Nr. 14-20 / A 04970 von der SPD-Stadtratsfraktion damit geschäftsordnungsmäßig erledigt</p>

Lfd. Nr.	Beschlussnummer	Beschlossen am (VPA/VV)	Beschlusstitel (Betreff)	Beschlussaufträge	Status der Erledigung	Erledigungsvermerke
5	14-20/ V 15890	25.09.2019/ 02.10.2019	Stadtweites Workforce Management System (WFM)	<p>1. Vom Vortrag der Referenten wird Kenntnis genommen.</p> <p>2. Der Stadtrat stimmt der Umsetzung des IKT-Vorhabens wie vorgeschlagen zu.</p> <p>3. Der Stadtrat - stimmt der Erhöhung der Gesamt-Mittel für die Beschaffung, die Einführung und den Betrieb eines stadtweiten Workforce Management Systems in Ergänzung zur Sitzungsvorlage Nr. 14-20 / V 11566 (nicht-öffentlicher und öffentlicher Teil) vom 24.10.2018 „Stadtweites Workforce Management System - Erstanwendung bei der Branddirektion München“ wie von den Referenten dargelegt zu - stimmt der Neuverteilung der Gesamtmittel für Beschaffung, die Einführung und den Betrieb eines stadtweiten Workforce Management Systems zwischen KVR, POR und RIT bzw. it@M wie dargelegt zu - beauftragt das POR das Gesamt-Modell</p>	<p>Im Zeitplan</p> <p>Im Zeitplan</p>	<p>Zu 2. Die Umsetzung des IKT-Vorhabens ist in der Umsetzung. Im Zeitraum 01.07.2022-01.07.2023 wurden weitere 8.100 Beschäftigte ins WFM-System aufgenommen. Aktuell nutzen bereits ca. 13.000 User*innen von ca. 16.000 Beschäftigten, die der stadtweit geltenden Dienstvereinbarung zur flexiblen Arbeitszeit derzeit unterliegen, aus sämtlichen Referaten und zwei Eigenbetrieben das System.</p> <p>Zu 3. Die Kosten für die Einführung des stadtweiten WFM-Systems liegen in Summe derzeit unter den im Beschluss bewilligten Mitteln – Kosten für Beschaffung und Betrieb, Kosten für die Einführung im Plan. Die Verhandlungen zum Gesamt-Modell Digitalisierung der Arbeitszeitbewirtschaftung mit dem Gesamtpersonalrat erfolgen als begleitender Prozess zum räumlichen und funktionalen Rollout</p>

Lfd. Nr.	Beschlussnummer	Beschlossen am (VPA/VV)	Beschlusstitel (Betreff)	Beschlussaufträge	Status der Erledigung	Erledigungsvermerke
				<p>Digitalisierung der Arbeitszeitbewirtschaftung mit dem Gesamtpersonalrat zu verhandeln, dem Stadtrat abschließend zur Entscheidung vorzulegen und über den Projektfortschritt zu berichten.</p> <p>4. Das Personal- und Organisationsreferat (Fachreferat) wird beauftragt, die dauerhaft erforderlichen Haushaltsmittel i. H. v. 425.460 € sowie die einmalig erforderlichen Haushaltsmittel i. H. v. 12.000 € im Rahmen der Haushaltsplanaufstellung 2020 sowie die befristeten Haushaltsmittel i. H. v. 10.000 € (2.500 € pro Jahr) zur jeweiligen Haushaltsplanaufstellung anzumelden.</p> <p>5. Das Personal- und Organisationsreferat (Fachreferat) wird beauftragt, die Einrichtung von 6,0 Stellen-VZÄ und deren Besetzung beim Personal- und Organisationsreferat (Querschnittsreferat) zu veranlassen.</p> <p>6. Im Ergebnishaushalt entsteht bei der Besetzung mit Beamten/-innen zusätzlich zu den Personalauszahlungen noch ein Aufwand für Pensions- und Beihilferückstellungen in Höhe von jährlich etwa 137.016 € (40% des JMB) ab 2020.</p> <p>7. Das Produktkostenbudget erhöht sich zahlungswirksam dauerhaft ab 2020 um 425.460 €, einmalig in 2020 um 12.000 € und befristet für die Jahre 2020 - 2023 um 10.000 € (Produktauszahlungsbudget).</p>	<p>Erledigt</p> <p>Erledigt</p> <p>Erledigt</p> <p>Erledigt</p>	<p>(z. B. konkrete Umsetzung DV-Flex 2.0 Rollout in den Referaten, Schnittstellen etc.).</p>

Lfd. Nr.	Beschlussesnummer	Beschlossen am (VPA/VV)	Beschlusstitel (Betreff)	Beschlussaufträge	Status der Erledigung	Erledigungsvermerke
				<p>8. Das POR wird beauftragt, die unter Teil B Ziffer 3.1 des Vortrages dargestellten Flächenbedarfe bei Bedarf gegenüber dem Kommunalreferat anzumelden, sobald weitere Flächen zugewiesen werden sollen.</p> <p>9. Der Beschluss unterliegt der Beschlussvollzugskontrolle.</p>	Erledigt	
6	14-20 / V 15409	16.10.2019/ 23.10.2019	Rückschau und Ausblick zur nachhaltigen Erhöhung von biologisch, regional und artgerecht erzeugten sowie Fair gehandelten Produkten in den drei städtischen Kantinen	<p>1. Das Personal- und Organisationsreferat wird unter Einbindung des Referats für Gesundheit und Umwelt beauftragt, eine Machbarkeitsstudie zu den Rahmenbedingungen und Handlungsempfehlungen für eine maximale Erhöhung von Fleisch aus artgerechter Tierhaltung (100 %) sowie zum Einsatz von Produkten aus Direktvermarktung (100 km Umkreis) in den städtischen Kantinen in Auftrag zu geben. In diesem Zusammenhang sollen auch die Möglichkeiten einer erweiterten Bezuschussung der Kantinenpächter untersucht und geprüft werden, wie das vegetarische und vegane Angebot in den städtischen Kantinen gesteigert werden kann. Die Ergebnisse und Handlungsempfehlungen werden dem Stadtrat im Herbst 2020 vorgelegt.</p> <p>2. Der Ergänzungsantrag der Stadtratsfraktion Die Grünen - Rosa Liste vom 17.07.2019 zur weiteren Erhöhung der Lebensmittelqualität bleibt damit aufgegriffen.</p> <p>3. Ziffer 5 und 6 (hier entsprechend als Ziff. 1 und 2 aufgeführt) dieses Beschlusses unterliegen der Beschlussvollzugskontrolle.</p>	Zeitverzögert	<p>Zu 1. und 2. Das POR hat in Zusammenarbeit mit dem damaligen RGU und der Vergabestelle 1 (DIR) die Beratungsleistung im Frühjahr 2020 ausgeschrieben und schließlich den Auftrag im April 2020 an eine seit vielen Jahren bei der LHM zu dem Thema Nachhaltigkeit in der Gemeinschaftsverpflegung tätige Beratungsfirma vergeben. Es kam – auch coronabedingt - zu erheblichen Verzögerungen seitens der Auftragsnehmerin ohne POR-seitiges Verschulden. Die Studie wurde im Oktober 2021 lediglich im Entwurf geliefert und war nur teilweise im Hinblick auf die Fragestellungen des Auftrages verwertbar. Es folgten seit 2020 diverse Schriftwechsel mit Mahnungen und</p>

Lfd. Nr.	Beschlussnummer	Beschlossen am (VPA/VV)	Beschlusstitel (Betreff)	Beschlussaufträge	Status der Erledigung	Erledigungsvermerke
						<p>Fristverlängerungen, da dies ohne Erfolg blieb, kündigte das POR im Dezember 2022 das Vertragsverhältnis einseitig.</p> <p>Um dem Stadtrat unsere stetigen lösungsorientierten Bemühungen zur Umsetzung des Beschlusses aus 2019 aufzuzeigen, läuft seit Oktober 2022 eine Kooperation mit RKU - Stabsstelle Ernährungswende - und ihren externen Beratungsstellen zum Münchner Ernährungshaus. Im Ergebnis steht, dass der Auftrag nahtlos weitergeführt werden konnte und eine zeitaufwendige Neuvergabe der Machbarkeitsstudie entfiel. Es ist nunmehr beabsichtigt, die Machbarkeitsstudie im 1. Quartal 2024 dem Stadtrat vorzulegen.</p>
7	20-26 / V 03787	21.07.2021/ 28.07.2021	Digitales Hinweisgeber*innensystem Transparenzoffensive III - Sicher und anonym Hinweise geben	<ol style="list-style-type: none"> 1. Der Stadtrat stimmt zu, dass die Landeshauptstadt München ein digitales anonymes Hinweisgeber*innensystem einführt. 2. Dem Antrag Nr. 20-26 / A 01230 der Fraktionen von SPD / Volt und Die Grünen / Rosa Liste wird entsprochen. Er gilt somit als geschäftsordnungsgemäß erledigt. 3. Der Beschluss unterliegt der Beschlussvollzugskontrolle. 	Im Zeitplan	Die Ausschreibung für ein digitales Hinweissystem musste aufgehoben werden, da kein zulässiges Angebot eingegangen ist. Auf Grundlage einer aktualisierten Markterkundung wird eine erneute Ausschreibung zeitnah durchgeführt, sodass mit einer Beschaffung des

Lfd. Nr.	Beschlussnummer	Beschlussen am (VPA/VV)	Beschlusstitel (Betreff)	Beschlussaufträge	Status der Erledigung	Erledigungsvermerke
				<p>Betreuungsquote zu und beauftragt das Personal- und Organisationsreferat, dem Stadtrat mit dem Ausplanungsbeschluss eine Detailplanung vorzulegen, wie die stadtweit zur Personal- und Organisationsarbeit eingesetzten Personalressourcen bis zum 31.12.2025 von derzeit ca. 1.350 VZÄ auf 1.050 VZÄ reduziert werden. In der Personalverwaltung im engeren Sinne ist eine Betreuungsquote (VZÄ Personalaufgaben: Anzahl Beschäftigte) entsprechend dem erhobenen Vergleichswert für den öffentlichen Sektor von 1:64 anzustreben. Die Planung muss auch beinhalten, wie viele VZÄ im POR und wie viele VZÄ in den dezentralen Bereichen künftig eingesetzt werden sollen. Ferner müssen auch etwaig erforderliche Personaltransitionen geregelt werden. Der Personalabbau hat im Rahmen der Fluktuation zu erfolgen. Die Personaltransition muss sozial verträglich und unter enger Beteiligung der Personalvertretungen erfolgen. Betriebsbedingte Beendigungskündigungen sind ausgeschlossen. Dem Stadtrat ist hierzu im zweiten Quartal 2022 ein Zwischenbericht vorzulegen.</p> <p>b) Die Eigenbetriebe mit Ausnahme von IT@M und die homogenen Bereiche bleiben zunächst außer Betracht und es wird zu einem späteren Zeitpunkt geprüft, ob eine Einbeziehung sinnvoll ist. Das Personal- und Organisationsreferat wird beauftragt, mit dem Ausplanungsbeschluss einen Zeitplan für die Betrachtung der Eigenbetriebe und der homogenen Bereiche vorzulegen. Aufgaben der Schulaufwandsträgerschaft nach Bayerischem Schulfinanzierungsgesetz bleiben - bei gleicher Wirtschaftlichkeit - gebündelt in einer</p>		

Lfd. Nr.	Beschlussnummer	Beschlussen am (VPA/VV)	Beschlusstitel (Betreff)	Beschlussaufträge	Status der Erledigung	Erledigungsvermerke
				<p>Hand.</p> <p>c) Der Ausplanungsbeschluss muss einen Vorschlag für eine Neuordnung der Tätigkeiten im Personal- und Organisationsmanagement enthalten. Dabei gelten folgende Grundsätze:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Doppelstrukturen sowie Doppel- und Parallelarbeiten sind soweit wie möglich zu vermeiden, • bei Tätigkeiten, die für die Referate zur Ausübung ihrer dezentralen Ressourcenverantwortung und ihrer Organisationshoheit von strategischer Bedeutung sind, insbesondere Stellenbewertung, Personalauswahl, referatspezifische Organisationsstruktur), soll die Entscheidungsverantwortung bei den Fachreferaten liegen, soweit es nicht zwingend einer stadtweit einheitlichen Entscheidungspraxis bedarf • operative Tätigkeiten der Personalverwaltung sollen grundsätzlich im Personal- und Organisationsreferat in Service Center gebündelt und so weit wie möglich standardisiert und digitalisiert werden („selfservice first“), • dem Personal- und Organisationsreferat als Querschnittsreferat soll die Prozessverantwortung für stadtweite Standardprozesse (bei denen das POR Prozesseigner ist) und referatsübergreifende Tätigkeiten und die Entscheidungsverantwortung nur bei Tätigkeiten obliegen, die zwingend einer stadtweit einheitlichen Entscheidungspraxis bedürfen, • es ist so weit wie möglich eine Ende-zu-Ende-Verantwortung für Prozesse zu definieren, • Tätigkeiten sind nach Möglichkeit in einer 		

Lfd. Nr.	Beschlussnummer	Beschlussen am (VPA/VV)	Beschlusstitel (Betreff)	Beschlussaufträge	Status der Erledigung	Erledigungsvermerke
				<p>Hand zu bündeln, Beteiligte und Hierarchieebenen zu reduzieren und</p> <ul style="list-style-type: none"> • die bisherigen Delegationsbeschlüsse und -vereinbarungen sollen durch ein neues, einheitliches Regelungswerk der dezentralen und zentralen Zuständigkeiten abgelöst werden, das einfacher, standardisierter und transparenter ist als die heutige Systematik und die Zuständigkeiten und Verantwortlichkeiten klar und unmissverständlich regelt. <p>Der Vorschlag ist dem Stadtrat mit dem Ausplanungsbeschluss zur Entscheidung vorzulegen.</p> <p>d) Das Personal- und Organisationsreferat wird beauftragt, zur Ausarbeitung des Ausplanungsbeschlusses eine Arbeitsgruppe einzurichten, der regelmäßig angehören sollen:</p> <ul style="list-style-type: none"> • die Programmleiterin neoHR • die Projektverantwortlichen des Programms neoHR • drei Vertreter*innen aus dem Kreis der Geschäftsleitungen der Referate (3 große und 2 kleine) und zwei* Vertreter*in aus einer Geschäftsleitung eines Eigenbetriebs (5 + 2 Modell) • eine* Vertreter*in des Gesamtpersonalrats • eine* Vertreter*in des Personalrats des POR <p>Vertreter*innen aus dem Kreis der sonstigen Personalvertretungen, der Gesamtschwerbehindertenvertretung, der GJAV, des Programms neoIT, des Programms digital4finance, der Gleichstellungsstelle für Frauen und Koordinierungsstelle zur Gleichstellung von LGBTIQ* sind anlass- und themenbezogen zu beteiligen. Soweit es um spezifische Angelegenheiten einzelner Referate oder</p> 		

Lfd. Nr.	Beschlussnummer	Beschlussen am (VPA/VV)	Beschlusstitel (Betreff)	Beschlussaufträge	Status der Erledigung	Erledigungsvermerke
				<p>Eigenbetriebe geht, sind diese ebenfalls zu beteiligen. Die Arbeitsgruppe gibt sich eine Geschäftsordnung.</p> <p>3. Das Personal- und Organisationsreferat wird beauftragt, nach dem Ausplanungsbeschluss unter Fortführung der Arbeitsgruppe gemäß Ziffer 3 d) und in Abstimmung mit den Programmen digital4finance und neoIT ein Zukunftsmodell der Geschäftsleitungen zu entwickeln. Dieses Zukunftsmodell soll einen einheitlichen Rahmen für die Tätigkeiten und die Ressourcenausstattung der Geschäftsleitungen beinhalten. Mit dem Ausplanungsbeschluss ist ein Vorschlag zum weiteren Vorgehen vorzulegen.</p> <p>4. Der Stadtrat nimmt den Vortrag zur Optimierung der Stellenbewertung und zur Einführung einer Standard-IT-Lösung zur Kenntnis. Das Personal- und Organisationsreferat wird beauftragt, nach Einführung der IT-Lösung die Einzelfallbewertung von Stellen soweit rechtlich möglich und organisatorisch sinnvoll auf die Referate und Eigenbetriebe zu delegieren, wenn die Referate und Eigenbetriebe dies wünschen. Die Zuständigkeit für den Erlass von Richtlinien, Standardisierungen und das Controlling der Stellenbewertung verbleibt in jedem Fall weiterhin beim Personal- und Organisationsreferat. Die Übernahme der Stellenbewertung in den Referaten und Eigenbetrieben muss im Rahmen der stadtweit vorhandenen Stellen und Mittel erfolgen. Ziffer 3. des Beschlusses vom 09.12.2020 (Vorlage-</p>	<p>Erledigt</p> <p>Erledigt</p>	

Lfd. Nr.	Beschlussnummer	Beschlossen am (VPA/VV)	Beschlusstitel (Betreff)	Beschlussaufträge	Status der Erledigung	Erledigungsvermerke
				<p>Nr. 20-26 / V 02005) ist damit geschäftsordnungsmäßig erledigt.</p> <p>5. Die bestehenden Anträge „Organisation und Geschäftsprozesse stadtweit optimieren und Doppelstrukturen abbauen“ (Antrag Nr. 20-26 / A 00640) und „Personaladministration zügig effizienter gestalten“ (Nr. 20-26 / A 00641) aus dem Stadtrat sind aufgegriffen. Eine abschließende beschlussmäßige Behandlung wird mit dem Ausplanungsbeschluss im Oktober 2022 erfolgen.</p> <p>6. Die Beschlussvorlage unterliegt der Beschlussvollzugskontrolle.</p>	Im Zeitplan	Siehe zu 2.
9	20-26 / V 05733	01.06.2022/ 29.06.2022	Geschäftsprozessmanagement in der Landeshauptstadt München; Sachstandsbericht und Fortsetzung der Ausgestaltung von GPM in der LHM Prozessoptimierung in allen städtischen Referaten	<p>1. Das POR wird beauftragt, die Organisationseinheit GPM-Governance (LHM) dauerhaft in der Struktur des POR zu verankern. Das RIT unterstützt das POR im Rahmen der strategischen Zusammenarbeit.</p> <p>2. Das POR wird beauftragt, die Verankerung von Geschäftsprozessmanagement in allen Steuerungs- und Führungsinstrumenten in der LHM zu prüfen und umzusetzen.</p> <p>3. Das POR wird beauftragt, die Mittel für weiterhin erforderliche externe Beratungsleistungen und Sachmittel (u.a. Durchführung von Informationsveranstaltungen, Bereitstellung von Informationsmaterial) in 2022 entsprechend Planung gemäß Kapitel 7.2 zum Eckdatenbeschluss 2023 anzumelden.</p>	<p>Erledigt</p> <p>Erledigt</p> <p>Erledigt</p>	

Lfd. Nr.	Beschlussnummer	Beschlossen am (VPA/VV)	Beschlusstitel (Betreff)	Beschlussaufträge	Status der Erledigung	Erledigungsvermerke
				<p>4. Die Referate und Eigenbetriebe werden beauftragt, Geschäftsprozessmanagement entsprechend den Vorgaben im GPM-Handbuch verbindlich bis Ende 2025 in ihren Organisationen dauerhaft zu etablieren. Dazu sollen die von GPM-Governance (LHM) vorgegeben Prozessrollen und Verantwortungen mit dem Ziel des Aufbaus einer prozessorientierten Organisation wie in Kapitel 5 beschrieben etabliert und umgesetzt werden. Die dezentrale Ansiedlung und Organisation des Themas GPM verbleibt in den Referaten und Eigenbetrieben. Insofern bleibt der CSU Stadtratsantrag 20-26 / A 01831 „Prozessoptimierung in allen städtischen Referaten“ vom 16.08.2021 aufgegriffen (siehe Kapitel 6). Die Referate und Eigenbetriebe werden zudem beauftragt, mindestens zwei Verantwortliche für das Thema Change im Kontext der GPM-Einführung bis 30.09.2022 zu benennen.</p>	Im Zeitplan	Wird im Rahmen der ersten Bekanntgabe (1. Quartal 2024) evaluiert.
			<p>5. GPM-Governance (LHM) wird beauftragt, ein Konzept zu erstellen, wie Optimierungspotentiale identifiziert werden können, um diese durch die Referate/Eigenbetriebe konsolidieren und optimieren zu lassen. Insofern bleibt der CSU Stadtratsantrag 20-26 / A 01831 „Prozessoptimierung in allen städtischen Referaten“ vom 16.08.2021 aufgegriffen. (siehe Kapitel 6)</p>	Erledigt		
			<p>6. GPM-Governance (LHM) wird beauftragt ein Konzept mit folgenden Inhalten zu erstellen: - Identifikation und Konsolidierung ähnlicher/verwandter Prozesse stadtweit - Identifikation und Koordinierung</p>	Im Zeitplan		

Lfd. Nr.	Beschlussnummer	Beschlossen am (VPA/VV)	Beschlusstitel (Betreff)	Beschlussaufträge	Status der Erledigung	Erledigungsvermerke
				<p>referatsübergreifender Prozessoptimierungen.</p> <p>7. Das POR wird ferner beauftragt, die Mittel für die Umsetzung der Fachkarriere Business-Analyse Geschäftsprozessmanagement (BA-GPM) in 2022 entsprechend Planung gemäß Kapitel 7.1 zum Eckdatenbeschluss 2023 anzumelden.</p> <p>8. Die Referate und Eigenbetriebe werden beauftragt, in Abhängigkeit der aktuell gültigen Veränderungssperre, geeignete Ressourcen für die Einführung und Durchführung von Geschäftsprozessmanagement bis 06/2024 zur Verfügung zu stellen, um auch die Digitalisierung aktiv betreiben zu können. Hierbei sollten für die Einführung und Weiterentwicklung des GPM je nach Organisationsgröße und -besonderheiten zwischen 2 und 5 VZÄ eingesetzt werden. Die dazu notwendigen Ressourcen müssen durch geeignete Umpriorisierungen innerhalb des Referats/Eigenbetriebs oder durch zusätzliche Ressourcenbeantragungen durch die Referate/Eigenbetriebe zur Verfügung gestellt werden.</p> <p>9. GPM-Governance (LHM) wird beauftragt, den Stadtrat jährlich über die Entwicklung/den Fortschritt des GPMs einschließlich Zielerreichung in der LHM zu informieren und dem Stadtrat geeignete Maßnahmen zur Steuerung/Optimierung zu empfehlen. Dafür wird unter anderem auch das bereits vom Innovationsbereich GPM entwickelte und eingeführte Reifegradmodell (Fachprozesse und</p>	<p>Erledigt</p> <p>Im Zeitplan</p> <p>Im Zeitplan</p>	

Lfd. Nr.	Beschlussnummer	Beschlossen am (VPA/VV)	Beschlusstitel (Betreff)	Beschlussaufträge	Status der Erledigung	Erledigungsvermerke
				<p>Organisation) zu Grunde gelegt.</p> <p>10. Das RIT wird beauftragt, die erforderlichen Ressourcen für die methodische Qualitätssicherung über einen eigenen Beschluss zu beantragen.</p> <p>11. Die Beschlussziffer 11 des Beschlusses 14-20 / V 12734: „Weiterentwicklung und Koordinierung des stadtweiten Geschäftsprozessmanagements (GPM) als Grundlage für die Digitalisierung“ ist hiermit geschäftsordnungsgemäß erledigt. Im Übrigen bleibt der Beschluss auf-gegriffen.</p> <p>12. Der Beschluss unterliegt der Beschlussvollzugskontrolle.</p>	<p>Im Zeitplan</p> <p>Erledigt</p>	
10	20-26 / V 07600	14.12.2022/ 21.12.2022	Haushalt 2023 Stellenplan	<p>1. Dem Stellenplan zum Haushalt 2023 in der vorliegenden Fassung wird zugestimmt. Die Vollversammlung beschließt am 21.12.2022 im Rahmen der Haushaltsverabschiedung.</p> <p>2. Die Verwaltung wird beauftragt, die sich aus der Vollversammlung am 21.12.2022, nach dem Redaktionsschluss dieser Vorlage, noch nicht erfassten Veränderungen aus Stadtratsentscheidungen, nachträglich einzuarbeiten und diese neu zu fassen.</p> <p>3. Dieser Beschluss unterliegt der Beschlussvollzugskontrolle.</p>	Erledigt	